

Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Albrechtshain, Kamelshain, Brucha, Dorsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchsheim, Groß- und KleinReinberg, Klinge, Köhler, Luchardt, Pöppel, Stauditz, Throna usw.)
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Er erscheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mk. 3.—, jährlich Mk. 36.—, durch die Post bezogen einschließlich der Postgebühren Mk. 9.75. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezogener keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die Spaltenbreite 40 Pfg., auswärts 75 Pfg. Anzeigerzeitung Mk. 1.20, Reklamezeitung Mk. 1.20. Beleggebühren pro Hundert Mk. 2.—. Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages, später noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Aufträge entgegen. — Bestellungen werden von den Ausbringern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Verantwortl. Amt Naunhof Nr. 2

Druck und Verlag: Günter & Co., Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 61

Mittwoch, den 25. Mai 1921

32. Jahrgang

Amtliches.

In der Woche vom 23. bis 29. Mai 1921 erhalten Versorgungs-berechtigte 30 gr Butter — 1,10 Mk. auf den Abschnitt 14 der Butterkarte.

Grimma, 20. Mai 1921.

189 e Fe.

Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft.

Stadtgemeinderatsitzung

Donnerstag, den 26. Mai 1921, abends 7 Uhr.
Tagesordnung befindet sich im Rathaus am Brett.

Die Verpachtung der diesjährigen Ernte der städtischen Kirchbäume an der Großsteinberger- und Bahnhofstraße, sowie der Grasnutzung der Strahengraben und sonstigen Rasenflächen soll **Mittwoch, den 25. Mai d. J. nachmittags 6 Uhr** im Ratskeller hier stattfinden.

Naunhof, am 20. Mai 1921. Der Bürgermeister.

In der gestrigen 4. diesjährigen Schulvorstandssitzung wurde folgendes beraten und beschlossen.

1. Von dem Vertragsabschluss mit dem Schularzt Herrn Dr. Sperling nahm man Kenntnis.

2. Das Gesuch des Turnvereins (D. T.) um Ueberlassung des Turnplatzes als Spielplatz für die Mitglieder des Turnvereins an Sonntagen vormittags wurde genehmigt. Die Benutzung soll unentgeltlich — bis auf weiteres — gestattet werden.

3. Von der Einrichtung der Fortbildungsschule für Knaben, insbesondere von dem Ueberblicksplan der Schulleitung, nahm man Kenntnis.

4. Vom Sachstand wegen Einrichtung der Fortbildungsschule für Mädchen wurde Kenntnis genommen. Der wissenschaftliche Unterricht soll durch eine wissenschaftlich vorgebildete Lehrkraft erteilt werden. Den Nabelarbeitsunterricht soll Frau Rheinleis weiter erteilen.

5. Das Gesuch von Ratsangehörigen um Ueberlassung eines Schulzimmers zu Unterrichtszwecken wurde genehmigt.

6. Von einer Mitteilung des Kirchenvorstandes wegen Verkaufes des Kantorallehngrundstückes nahm man Kenntnis. Der Kaufvertrag soll nunmehr unter Zugrundelegung einer Kaufsumme von 45 000 Mk. bedingungslos abgeschlossen werden.

7. Es wurde davon Kenntnis genommen, daß der Schulgemeinde das Vermächtnis des Herrn Privatmanns Friedrich Mühlberg in Höhe von 1018 Mk. 17 Pfg. nunmehr zugefallen ist. Der Betrag soll in einem Sparkassenbuch angelegt werden. Die Zinsen sind nach den Testamentsbestimmungen zu verwenden.

8. Der mit einem Freibetrage von 75 000 Mk. abschließende Haushaltsplan auf das Rechnungsjahr 1921/22 wurde genehmigt. Das Fremdenschulden bleibt in der bisherigen Höhe bestehen.

9. Von einem Ueberblicksplan über den Religionsunterricht und die Verwertung der durch Zusammenlegung von Klassen freierwerdenden Stunden nahm man Kenntnis. Ueber die Weitererteilung des Unterrichts in Französisch fand eine längere Aussprache statt.

Naunhof, am 24. Mai 1921. Der Schulvorstand.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Zum Reichsminister des Auswärtigen ist der bisherige Gesandte in Haag, Dr. Rosen, ernannt worden.

* Zwischen der Reichsregierung und dem französischen Botschafter in Berlin fand ein Notenwechsel über Oberschlesien statt.

* Eine deutsche Note an die Entente stellt fest, daß die Kolonialforderungen aus Oberschlesien mit dem Beginn des Jahres 1921 ausbleiben sind und damit eine außerordentliche Schädigung Ostdeutschlands verbunden ist.

* Am Montag begannen vor dem Reichsgericht in Leipzig die ersten „Kriegsverurteilten“-Prozesse.

* Nach einer Reutermeldung aus Lissabon soll in Portugal eine Revolution ausgebrochen sein.

* Der südafrikanische Ministerpräsident Smuts warnt vor der weiteren Besetzung deutschen Gebietes.

Mit allen Mitteln.

Der Kampf um Oberschlesien scheint sich seiner entscheidenden Wendung zu nähern. Das Korantische Rückzugangebot hat sich als das herausgestellt, als was es von vornherein zu nehmen war: eine Kriegslösung, zu kurzlebigem Nutzen bestimmt. Wenn seine Banden seither ein Stück ober-schlesisches Land geräumt haben, so haben sie es nicht freiwillig getan, sondern unter dem Druck des deutschen Selbstschutzes, der, je schlimmer die Dinge werden, desto entschlossener zusammensteht und den polnischen In-surgenten in den letzten Tagen, namentlich im Kreise Kofel, ziemlich erhebliche Terrain abgenommen hat. Aber die äröheren Bedrängnisse Korantische liegen auf politischem und auf wirtschaftlichem Gebiete. Und da muß man schon sagen, daß die Franzosen, seine treuen Bundesgenossen, kein Mittel unversucht lassen, um ihm in Paris wie in

London, in Rom wie in Washington und schließlich auch in Berlin zu Hilfe zu kommen. Lange, viel zu lange haben die deutschen Oberschlesier stillgehalten. In dem Augenblick, wo sie sich, um das äußerste zu verhüten, zum Widerstand auftrafen, wird gegen sie die Wehrerbildung laut, daß sie es seien, die nun nach leidlicher Wiederherstellung der Ordnung die Offensive ergreifen. Der Generalkommando der polnischen Aufständischen hinst in alle Welt hinaus, daß er diese Wendung längst vorhergesehen habe, und seine polnisch-französischen Pressekorrespondenten spigen die Feder, um die Deutschen des Friedensbruchs zu beschuldigen. Gleichzeitig bezieht sich der französische Botschafter in Berlin, der deutschen Regierung einen Tag um den andern klar zu machen, daß sie noch lange nicht ihre Pflicht erfülle, sondern zum mindesten durch Unterlassungen der Anarchie im Abstimmungsgebiet Vorschub leistet.

Eine Unversämtheit, die von der neuen deutschen Regierung die verdiente Zurückweisung erfahren hat. Begrifflich genug, daß weder der englische, noch der italienische Botschafter diesen Schritt der französischen Regierung mitgemacht haben. Hoffentlich bleibt es dabei, daß das Sauberheitsgefühl Englands und Italiens wenigstens insoweit den französischen Verlodungen standhält. Aber auch in London legt die Diplomatie des Herrn Briand alle Hebel in Bewegung, um die letzten Hindernisse für die polnische Ländergier aus dem Wege zu räumen. Er suchte einmal die britische Regierung für gemeinschaftlich zu erhebende Vorstellungen in Berlin zu gewinnen unter der Vorpiegelung, als käme der deutschen Regierung gegenüber dem Aufstand in Oberschlesien genau die gleiche Rolle zu wie der Regierung in Warschau, als brode dem Abstimmungsgebiet von deutscher Seite die gleiche Gefahr wie von seinen Korantische, dessen Hilfsquellen von Polen her unaufrührlich gestiftet werden. In Wahrheit hat die deutsche Regierung lediglich ein Interesse an der Wiederherstellung des dem Friedensvertrag entsprechenden Zustandes der Dinge, während Korantische, und mit ihm die polnische Regierung, dieser Wiederherstellung auf das äußerste widerstrebt. Das weiß man in London wie in Rom, und deshalb hat man sich dort, bis jetzt wenigstens, den französischen Einflüsterungen gegenüber ablehnend verhalten. Herr Briand hat aber auch über die Sonderstellung des britischen Vertreters in der Interalliierten Kommission in Opatow Klage führen lassen, mit dem Antrag, ihre Arbeitsfähigkeit durch entsprechende Anweisungen an den englischen Obersten Percival wieder herzustellen. Dann könnte sie mit den Aufständischen auf beiden Seiten verhandeln, mit dem Ziel, der Beruhigung des Landes zu dienen. Also auch hier wieder die Unterstellung, daß auch auf deutscher Seite Aufständische vorhanden wären, während die Deutschen äußersten Falles nur für ihr nacktes Leben kämpfen dürften. Aber Frankreich möchte den englischen Verbündeten nur gar zu gern auf die gleiche Bahn drängen, die sein General Le Rond allen Ablegungen zum Trotz schon längst beschritten hat; auf die Bahn unmittelbarer Verhandlungen mit Herrn Korantische, was seiner Anerkennung als einer kriegsführenden Macht gleichkäme. Um diesen und anderen ähnlichen Preis würde Herr Briand dann voraussichtlich bereit sein, der Anderräumung einer neuen Sitzung des Obersten Rates zuzustimmen. Fragt sich nur, ob Lloyd George gewillt ist, das Erstgeburtsrecht der Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens, und damit die Lage im Osten, mehr noch: über die zukünftige Verteilung der Machtverhältnisse in Europa, auf diese Weise an Herrn Briand abzutreten.

Einstweilen wirken englische Offiziere mit den Leitern des deutschen Selbstschutzes in Oberschlesien zusammen, um überall mit eigenen Augen nach dem Rechten zu sehen.

Polnische Rundschau.

Deutsches Reich.

Verlängerung des Kapitalfluchtgesetzes.

Es ist beabsichtigt, eine Vorlage im Reichstage einzubringen, die eine Verlängerung des gesamten Kapitalfluchtgesetzes bis auf weiteres zum Gegenstand hat. Damit würden die Sperrvorschriften für die Errichtung neuer Depots, Banken usw. noch eine allerdings unbefristete Verlängerung erfahren. Aber die Gründe, die Regierung zur Schaffung dieses Übergangszustandes zu bestimmen, verlaniet, daß sie vor allem auf steuerrechtlichem Gebiete liegen. Da die Finanzämter mit der Veranlagung zum Kolooyer und zur Vermögenszuwachssteuer noch zu weitzurück sind, um jenen Schutz, den das Kapitalfluchtgesetz dem Aktus gegenüber haben muß, entbehren zu können. Deutschland erfüllt!

Mit dem 22. Mai war die zweite Frist abgelaufen, die der deutschen Regierung von der Interalliierten Militärkontrollkommission zur Ausführung des Ultimatus gesetzt worden war. Die Kommission hatte verlangt, daß in Zukunft jede Beförderung von Waffen und anderem Weerematerial einschließlich der durch die Ablieferung, Herstellung oder Unbrauchbarmachung notwendig werdenden Beförderungen verboten sein soll, falls sie nicht von der Kommission vorher genehmigt worden ist. Die zu diesem Zwecke gegebenen Befehle sollten der Kommission vor dem 23. Mai mitgeteilt werden: sie sollten auch auf

das Material Anwendung finden, das sich aus irgend einem Grunde im Besitz der Reichstreubandgesellschaft befindet. Das Reichstreubandministerium hat einen diesen Forderungen entsprechenden Befehl am 19. Mai erlassen; die erforderlichen Anweisungen für das im Besitz der Reichstreubandgesellschaft befindliche Material sind vom Reichstreubandministerium am 21. Mai getroffen worden. Beide Anordnungen sind am 21. Mai zur Kenntnis der Kontrollkommission gebracht worden.

Zurückziehung der englischen Truppen?

In Paris will man wissen, Lloyd George habe die feste Absicht, die an der Besetzung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort beteiligten englischen Truppen zurückzuziehen, um dadurch äußerlich zu bekunden, daß England die Londoner Sanktionen von sich als aufgehoben betrachte. Nach der gleichen Quelle ist die französische Regierung ihrerseits gewillt, Wiederungen der Sanktionen gegen Deutschland einzutreten zu lassen, sobald Deutschland die angekündigte Zahlung durchgeführt und den Entwaffnungsvorschriften hinsichtlich der Materialverminberung entsprochen habe.

Sum Verfassungskontflikt in Braunschweig.

Das Presseamt des braunschweigischen Staatsministeriums verbreitet eine Mitteilung, daß irgend ein Konflikt zwischen dem Landtage und der Regierung nicht bestche. Eine Meinungsverschiedenheit bestche nur zwischen der Mehrheit der Landesversammlung und der Opposition. Die Anrufung des Staatsgerichtshofes durch die Minderheit des Parlaments entbehre jeder juristischen Grundlage.

Mandatwechsel infolge Todesfalles.

Der Leipziger Reichstagsabgeordnete Wilhelm Luch (Deutsche Volkspartei) ist in Bad Bergzabern plötzlich an Herzlähmung gestorben. Als sein Nachfolger im Reichstags kommt, da Frau Boigtländer die Annahme des Mandats ablehnt, Landgerichtsdirektor Dr. Wunderlich in Betracht.

Für die schwarz-weiß-rote Handelsflagge.

Auf der Mitgliederversammlung des Rautischen Vereins an der Unterweser, Bremerhaven, wurde eine Entschlieung angenommen, in der die Flaggenordnung vom 11. April d. J. abgelehnt und die Wiedereinführung der alten schwarz-weiß-roten Handelsflagge, gegebenenfalls durch Volksentscheid, gefordert wird.

Dr. Rosen Außenminister.

Der Reichspräsident hat den bisherigen Gesandten in Haag Dr. Rosen zum Reichsminister des Auswärtigen ernannt und den Reichskanzler von der Wahrnehmung der Geschäfte dieses Ministeriums entbunden. Das Reichsfinanzministerium wird Reichskanzler Dr. Wirth vorläufig noch beibehalten. Als Leiter der Reichspressestelle ist der Reichsbetriebssozialist Dr. Koester, der einmal kurze Zeit Außenminister war, in Aussicht genommen.

Deutsch-Osterreich.

Die Wahlen in Nordtirol. Bei den Wahlen für den Landtag wurden in Nordtirol für die Tiroler Volkspartei 57 958, für die Großdeutsche Volkspartei 12 698, Sozialdemokraten 24 739, Nationalsozialisten 12 727 und für die Gruppe der Kriegsoffer 475 Stimmen abgegeben. Vierzehn Gemeinden stehen noch aus.

Großbritannien.

Unruhen in Ägypten. In Alexandria dauerten die Kundgebungen zugunsten von Zagul Pascha einen ganzen Tag über an. Die Menge griff vier Polizisten an und steckte mehrere Postpolizeistellen in Brand. Die Polizei schoß auf die Aufrührer und tötete einige. Am Bahnhof wurde ein Mann der britischen Gendarmerie durch einen Schlag auf den Kopf mit einer Eisenstange getötet. Andere Aufrührer griffen britische Soldaten an, die in die Stadt einrückten. Die Ruhe wurde schließlich wieder hergestellt.

Portugal.

Ein geheimnisvoller Staatsstreich. Reuter meldet aus Lissabon, daß dort eine Ministerkrise ausgebrochen sei. Der portugiesische Präsident Almeida forderte den Rücktritt der Regierung und auch die Auflösung des Parlaments. Erster lautet die Darstellung der „Daily Mail“, die von einem Staatsstreich zu berichten weiß. Reisende, die aus Oporto in Vigo an der spanischen Küste eintrafen, hätten erklärt, daß in Lissabon eine Revolte ausgebrochen sei, die unter dem Schutze des Militärs stehe. Leiter der Bewegung sei Senhor Machado dos Santos. Der Ministerpräsident Bernardo Machado, sowie alle übrigen Minister seien verhaftet worden. Die ganze Bewegung werde von den monarchistischen Elementen unterstützt. Die Minister ständen unter Bewachung von Matrosen.

Rußland.

Großer Bauernaufstand in Mittelrußland. Nach einer Meldung über Helsingfors ist in ganz Mittelrußland unter Führung der Sozialrevolutionäre ein gewaltiger Bauernaufstand ausgebrochen. Die Aufständischen haben Brücken, Verkehrsanlagen und Lebensmitteldepots in großen Mengen verbrannt. Auch die Sowjetpresse beschäftigt sich mit dieser Meldung.